

18. März 1793 - Vor 220 Jahren wurde die Mainzer Republik gegründet - Die erste demokratische Republik

20. März 1933 Vor 80 Jahren ließ Himmler als Polizeipräsident Münchens das erste Konzentrationslager (KZ) Nazideutschlands in Dachau errichten.

Linkes Blatt DIE LINKE.

05. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

19. März 2013

Impressionen von der Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Wahlkreisbewerberin/des Wahlkreisbewerbers für den Wahlkreis 72 zur Bundestagswahl am 22. September 2013.

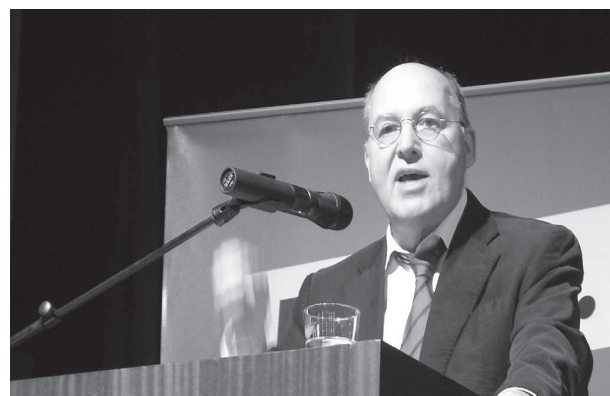


Der Vorsitzende des Stadtverbandes Halle, Swen Knöchel, begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste.

Dr. Petra gewann bei der letzten Bundestagswahl das Direktmandat. Sie wurde mit 204 von 208 abgegeben Stimmen als Wahlkreisbewerberin für unsere Partei gewählt.



Am Ende der Mitgliederversammlung Glückwünsche an Dr. Petra Sitte von Dr. Gregor Gysi, unserer Landesvorsitzenden Birke Bull und von allen Anwesenden.



Grußwort vom Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Dr. Gregor Gysi.

Respekt² Eine zweite Woche für mehr Vielfalt

Die AG "Aktion Ladenschluss" und "Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage" möchten vom 18. bis 23. März 2013, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Halle (Saale), die internationalen Wochen gegen Rassismus gestalten. Unter dem Titel Respekt² eine zweite Woche für mehr Vielfalt werden wir in einem leer stehenden Ladenlokal in Halle verschiedenste Bildungsangebote für mehr Respekt, Toleranz und Internationalität anbieten.

Wir füllen Leerstand mit Wissen! Gemeinsam mit Postkult.e.V. entstand bereits im vergangenen Jahr die Idee, Leerstand mit kreativem Inhalt zu füllen. Das Ladengeschäft in der Leipziger Straße 36 wird dafür eine Woche lang zum Respekt AufLaden umfunktioni-ert, in dem ständig drei Ausstellungen zu sehen sein werden: Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen der Friedrich Ebert Stiftung; Willi Sitte-Widerstandskämpfer und Maler der IG Metall Jugend sowie Vor dem Urteil Vorurteil des Dornrose e.V. Das Nachmittags- und Abendprogramm wird mit Gesprächsrunden, Lesungen, Vorträgen und Workshops gestaltet und bietet für jede und jeden die Möglichkeit, sich über Themenfelder wie Antidiskriminierung, Critical Whiteness, Demokratiebildung, Homophobie sowie Symbole und Codes der Neonazis zu informieren. In Gesprächsrunden und Lesungen wird über die lokale Geschichte zur Zeit des Nationalsozialismus gesprochen, Zeitzeugen mit ihren Erfahrungsberichten gehört und aktuelle politische Themenfelder besprochen. Die Ausstellungen und das Programm richten sich überwiegend an Schülerin-

nen und Schüler, aber auch Interessierte aller Altersgruppen.

Die Eröffnungsveranstaltung der Bildungswoche, zu der wir alle Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen, beginnt Montag, den 18. März um 18 Uhr in der Leipziger Str. 36 und wird mit FuegoPaz, einer interagierenden Feuershow, abgerundet. Diese Einladung besteht zudem für die gesamte Woche zu den Geschäftszeiten Mo bis Fr von 10 bis 21 Uhr und Sa von 10:30 bis 17 Uhr.

Auf dem Oberen Boulevard vertreibt seit 2009 der Laden Oseberg die von Neonazis und für Neonazis produzierte Kleidungs-marke Thor Steinar. Die Marke bedient sich dabei völkischer Symbolik mit nationalsozialistischen Bezügen, welche für Außenstehende nicht sofort erkennbar sind. Thor Steinar ist damit eine der beliebtesten Kleidungs-marken in der rechten Szene. Die AG "Aktion Ladenschluss" gründete sich als Reaktion auf die Eröffnung des Ladens und richtet sich gegen eine Normalisierung rechtsextremer Überzeugungen in unserer Gesellschaft.

Kontakt:

AktionLadenschlussHalle@gmx.de

sowie bei

Respekt AufLaden

Leipziger Str. 36 (Oberer Boulevard)

06108 (Halle (Saale))

Die Termine der einzelnen Veranstaltungen finden Sie auf der nächsten Seite.



Wer in den kommenden Tagen einen Spaziergang in den Frühling wagt, kann in der Burgstraße/ Ecke Riveufer rote Nelken an der Mauer entdecken. Im Gedenken an die Opfer des Blutfreitags wurde dieses Gebinde am 13.03.13 im Beisein einiger Genossinnen und Genossen angefügt. Die darüber liegende Gedenktafel wurde für einige Wochen zum Blickfang im öffentlichen Raum und lenkt die Aufmerksamkeit der Passanten auf das tragische Ereignis im Volkspark von 1925.

Die Teilnehmer waren sich einig, diese Art der öffentlichen Traditionspflege weiterzuführen.

Montag, 18. März

14 bis 16 Uhr Der Traum von einem anderen Deutschland, der Widerstand der Weißen Rose, Lesung
16 bis 18 Uhr Lokales Netzwerktreffen „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, Gesprächsrunde
18 bis 19 Uhr Eröffnung des Respekt AufLadens
19 bis 21 Uhr Gelebte Demokratie, Film mit anschließender Diskussion

Dienstag, 19. März

10 bis 12 Uhr Die Neuen Nazis und ihre Kleider, Workshop
12 bis 14 Uhr Die Neuen Nazis und ihre Kleider, Workshop
14 bis 16 Uhr Sophie Scholl die letzten Tage, Filmnachmittag
16 bis 18 Uhr Wi(e)der das Vergessen eine Fahrt nach Auschwitz, Polen 2012, Lesung und Gesprächsrunde
18 bis 20 Uhr Eröffnung der Ausstellung Willi Sitte Widerstandskämpfer und Maler Infoabend, Gesprächsrunde
Heinrich-Böll Stiftung, Luchs.Kino am Zoo
‘Jud Süß’ Filmvorführung und Filmgespräch
17:00 Uhr (geschlossene Veranstaltung für Schulklassen - Anmeldungen noch möglich)
19:30 Uhr alle Interessierten unter namentlicher Anmeldung bis zum 17.03.2013

Mittwoch, 20. März

10 bis 12 Uhr Die Neuen Nazis und ihre Kleider, Workshop
12 bis 14 Uhr Critical Whiteness, Vortrag
14 bis 16 Uhr Ich lebe noch, das ist die Hauptsache... Anne Frank Lesung
16 bis 18 Uhr Facetten geschlechtlich-sexueller Identität und Diskriminierung Workshop
18 bis 19:30 Uhr Macht und Gewalt eine Annäherung an Hannah Arendt, Lesung
19:30 bis 20 Uhr Gewerkschaftspolitischer Stammtisch Gesprächsrunde

Donnerstag, 21. März

Oberer Boulevard
10 bis 18 Uhr 2. Spendenlauf für den HALLIANZ-Jugendfonds Startschuss für Toleranz, Sport für Demokratie
Respekt AufLaden
10 bis 12 Uhr Die Neuen Nazis und ihre Kleider, Workshop
14 bis 16 Uhr Demokratieförderung als Antidiskriminierungsarbeit Anerkennung des gleichen Rechts auf freie Entfaltung, Workshop

Freitag, 22. März

14 bis 16 Uhr Zeitzeuginnengespräch, Gesprächsrunde
16 bis 17:30 Uhr ArbeiterKind.de, Infoveranstaltung
17:30 bis 19 Uhr Die Welt wartet auf Abenteurer, Infoveranstaltung
19 bis 21 Uhr Das Buchprojekt Wi(e)der das Vergessen mit dem Stadtplan auf Spurensuche in Halle 1933-45, Lesung

Samstag, 23.3.2013

10:30 bis 13 Uhr Hallianz Jugendfonds - Dankeschön-Brunch! Preisverleihung mit Brunch zum 2. HALLIANZ-Jugendfonds
18 bis 20 Uhr Auf dem rechten Auge blind: Akut entzündet oder chronisch krank Podiumsdiskussion
ab 21 Uhr Abschlussparty im PapaDula
leben verboten, Film und Podiumsdiskussion (Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben)

Facebook Aktion Ladenschluss Halle.

10 Jahre Agenda 2010 Agenda Sozial statt Agenda 2010 Für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen läutete die rot-grüne Koalition eine Zeitenwende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein. Löhne und Sozialausgaben sollten sinken. Rechte von Beschäftigten und soziale Sicherheit für Erwerbslose galten plötzlich als Beschäftigungshemmnis. Daher haben SPD und Grüne den Kündigungsschutz gelockert, Minijobs geschaffen und Leiharbeit gefördert. Die Dauer des Arbeitslosengeldes wurde gekürzt, die Zumutbarkeitsregeln verschärft und die Arbeitslosenhilfe ganz abgeschafft. Den Versicherten wurden im Gesundheitsbereich massive Mehrbelastungen aufgebürdet. Das Rentenniveau wurde weiter abgesenkt. Die Nachfolgeregierungen hielten allesamt an diesem unsozialen Kurs fest. 10 Jahre später sind die verheerenden Folgen der Agenda 2010 deutlich erkennbar: Schreckliche Verwerfungen am Arbeitsmarkt, zunehmende Armut und krasse gesellschaftliche Ungleichheit, sinkende Renten und eine Zuspitzung der Zweiklassenmedizin. Mit Hartz IV werden nicht nur Erwerbslose drangsaliert, sondern auch Beschäftigte erpressbar gemacht.

DIE LINKE fordert:

Gute Arbeit und die Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro

Umverteilung von oben nach unten durch die Stärkung der Lohneinkommen und eine gerechte Steuerpolitik

Zurückdrängung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung

Stärkung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsförderung

Ablösung von Hartz IV durch eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung

Überwindung der Zweiklassenmedizin und Wiederherstellung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat März Geburtstag haben.



Sonnabend, 23.03.2013

Auf dem rechten Auge blind: Akut entzündet oder chronisch krank

18 - 20 Uhr Podiumsdiskussion mit

Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender Die Linke im Landtag Thüringen), Rechtsanwältin **Gabriele Heinecke**, Polizeipräsident

Bernd Merbitz (ehemaliger Landespolizeipräsident

Sachsen, angefragt), **Marcus Schlegelmilch** (Vertreter Halle gegen Rechts)

im Löwengebäude der Martin Luther Universität

Die Abgeordnete des
Bundestages **Dr. Petra Sitte** und
der Landtagsabgeordnete
Hendrik Lange
gratulieren Frauen zum
Internationalen Frauentag.

Die Bilderberger, das geheime Zentrum der Macht

Gen. **Walter Schmidt**, Mitglied
des Vorstandes des RotFuchs-

Fördervereins, spricht am

26. März, 17:30 Uhr,

im Kulturtreff Halle-Neu-
stadt, Am Stadion 6.

Kommunisten, Sozialisten,

Linksdenker und Sympathisanten
sind herzlich eingeladen.

Eine Veranstaltung des RotFuchs
Fördervereins e.V. Regional-

gruppe Halle

Mama, warum benimmt sich der Elefant so seltsam

- Protestaktion gegen Wildtierhaltung in Zirkussen vor dem Circus Afrika -

(Frank Rösler)

Diese Frage ist leicht zu beantworten: Elefanten werden Tag und Nacht an zwei Beinen angekettet, anstatt wie ihre Artgenossen in der Natur kilometerlange Wanderungen im Kreise ihrer Familie zu unternehmen.

Angeborene Verhaltensweisen wie graben, schwimmen und sprinten werden permanent unterbunden. So werden die Tiere ihrer natürlichen Bedürfnisse beraubt, was zu Schmerzen und Leiden führt: Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr. Weitere Folgen sind eine erhöhte Sterblichkeit und schwere Verhaltensstörungen. Elefanten sind nur eines von vielen Beispielen dieser Missstände.

Tiere gehören nicht in den Zirkus oder irgendeine andere Art von Gefangenschaft. Aber besonders in Zirkussen und im besonderen Wildtiere haben einen hohen Anspruch hinsichtlich Platzbedarf, Klima, Gruppenzusammensetzung, Ernährung und Pflege.

Es gibt, insbesondere für Wildtiere, keine Möglichkeit, sie in einem fahrenden Unternehmen artgerecht zu halten. Sie müssen ihr Leben oft in viel zu kleinen Käfigen oder Gehegen verbringen, haben zu wenig Bewegung, keine artgemäße Beschäftigung, keinen natürlichen Kontakt mit Artgenossen und oft keine fachgemäße medizinische Betreuung durch versierte Fachtierärzte.

Sie leiden unter dem fremden Klima und unter dem Stress der permanenten Transporte. Meistens fehlen geeignete Winterquartiere.

Außerdem sind »Zirkustiere«

Zwangsarbeiter. Die kurzen Auftritte, die nur durch harten Drill und artwidrige Dressur möglich gemacht werden, täuschen das Publikum über das unglückliche Dasein hinter dem Manegenglanz hinweg.

Kindern wird ein falsches Bild von dem wirklichen Wesen ihrer »Lieblinge« vermittelt.

Aus diesem Grund positionierten sich am 08.03.2013 um 18 Uhr einige halleische Organisationen, Personengruppen und AktivistInnen auf Initiative von Vegan in Halle in Form eines Protestes vor dem Circus Afrika.

Trotz Kälte und Wind stellten sich ca. 30 Menschen vor den Einlass des Zirkus in Halle-Silberhöhe und demonstrierten friedlich gegen die Missstände in diesem und vielen anderen Belustigungsstätten, in denen Tiere für Geld vorgeführt und missbraucht werden.

Auch einige Mitglieder der Linksjugend [*solid] Halle waren dabei und drückten damit ihre Unterstützung dieser Anliegen aus und hoffen auch in Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit zu diesem und vielen weiteren Themen.

Bedauerlicherweise gestaltete sich diese Form der Aufklärung von BesucherInnen schwierig, da die meisten Argumente in breiter Masse auf taube Ohren und verschlossene Augen stieß. Die Reaktionen waren in den meisten Fällen Unverständnis und leider auch an einzelnen Stellen Anfeindungen von ZirkusbesucherInnen und Angehörigen des Zirkus. Davon unbeirrt setzte sich der Protest fort und endete planmäßig kurz nach Be-

ginn der Vorstellung.

Mit dem Gefühl, ein klares Zeichen gesetzt zu haben und der daraus resultierenden inneren Bekräftigung einzelner Beteiligter, steht für alle fest, dass dieser Tropfen auf dem heißen Stein nicht alles gewesen sein darf. Es muss eine permanente dezentrale und abwechslungsreiche Aufklärung der Menschen gestartet werden.

Des Weiteren wird eine Initiative vorbereitet, die die Verwaltung der Stadt bewegen will, ein Auftrittsverbot solcher Einrichtungen in Halle auszusprechen.

Bei diesen Bemühungen wird sich die Linksjugend [solid] Halle in Zukunft beteiligen und Unterstützung leisten, damit Unterhaltung nicht mehr auf dem Rücken von Tieren stattfindet.

Abschließend ein Zitat von Christian Morgenstern "Weh dem Menschen, wenn nur ein einziges Tier im Weltgericht sitzt."

Quellen: peta.de

tierrechte.de

vegan-in-halle.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345/20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

14.03.2013

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 28.03.2013

Rezension:

Jan Korte Geh doch rüber

Hier, drüben, verstehen und nicht aufgeben

Rituale und Eigenheiten unbekannter Kulturen bergen eine Menge Potenzial für Missverständnisse, sind in der Regel aber vergnügliche Momente beginnender Verständigung. Es braucht auch keine "Mauer in den Köpfen", um festzustellen, dass sich hier (im Osten) und da (im Westen) im Laufe der Jahrzehnte die Dinge zuweilen anders entwickelten, liebevoll so manche Bräuche gepflegt werden.

Als ich mit meiner Frau vor Jahren in ihrer Heimat Sauerland dem als Schützenfest getarnten Ereignis namens Massenbesäufnis mit Uniform beiwohnen durfte, dachte ich nur: Das müsste man mal aufschreiben, sonst glaubts drüben keiner! Auf eine sehr liebevolle, augenzwinkernde Art hat dies jetzt Jan Korte getan. Korte ist Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE, gebürtig in Osnabrück (Westen), 2009 direkt in den Bundestag gewählt in Anhalt, mitten in Sachsen-Anhalt (Osten). In seinem aktuellen Buch "Geh doch rüber - Feinste Beobachtungen aus Ost und West" berichtet der studierte Politikwissenschaftler über allerlei Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die er bei seinen Mitmenschen im geeinten Land beobachten konnte. Das beginnt bei der Aussprache des eigenen Vornamens und endet noch lange nicht bei der Wirkung von Gitarrenmusik. Der Jahn (Aussprache Ost) hatte es nicht gerade leicht, als er seinen politischen Lebensmittelpunkt in den wilden Osten verlegte. Der Jan (Aussprache West) hat die kleinen Klippen alle gemeistert und kann nun gelassen und sich angenehm selbst auf die Schippe nehmend seine Erlebnisse reflektieren. Seine Art,

Leserinnen und Leser seines Buches daran teilhaben zu lassen, wie er die Bedeutung des Handschlags bei der Begrüßung in Ost und West unterschiedlich erlebt; im Osten bereitwillig lernt und im Westen mit frisch Erlerntem als arrogant und überheblich auffällt, lassen einen genüsslich schmunzeln mit ihm. Seinen Wahlkampfbus Barkas B1000 auch mit B Eintausend zu betiteln, statt, wie im Osten üblich als B Tausend, lässt einen genüsslich schmunzeln über ihn.

Natürlich bleibt die Politik nicht außen vor unmöglich wäre das, wenn man Jan Korte kennt und sein Engagement. Anekdoten aus seiner Kinder- und Jugendzeit im linksdrehenden Elternhaus, seine erste Jugendweiherede, die Unterschiede zwischen politischen Debatten im Forum (Ost) oder auf dem Podium (West) oder über den Sitzungssozialismus im Allgemeinen und den

Handtuchparlamentarismus im Besonderen bieten neben herzlichen Lachern auch tiefere Einblicke ins Funktionieren politischer Arbeit jenseits der Scheinwerfer. Auf eine kurzweilige Aneinanderreihung von Unterschieden hat es Jan Korte mit seinem Buch nicht abgesehen. Aus These (Ost oder West) und Antithese (West oder Ost) folgt bei ihm immer eine Synthese fürs gemeinsame Verständnis, das gemeinsame Verstehen. Hier, drüben, verstehen und nicht aufgeben, dieses Rezept trägt das Buch und lässt auf einen ebenso vergnüglichen Band II hoffen.

Daniel Bartsch

Jan Korte:

Geh doch rüber. Feinste Beobachtungen aus Ost und West, Taschenbuch, Verlag Neues Deutschland ISBN: 978-3939440109 9,90 Euro

Leserbrief von Diethard Pfränger an das "Neue Deutschland" (nicht veröffentlicht)

Biskys Forderungen sind nicht zu akzeptieren auf Seite 20 der Ausgabe des Neuen Deutschland vom 01.03.2013 von Waltraud Tegge

Man mag zu der Aussage von Bisky stehen wie man will, aber man sollte in jedem Fall bei der Argumentation bei den Tatsachen bleiben. Die Behauptung, dass 2002 die Wähler aufgefordert worden wären: Schröder unterstützen, Stoiber verhindern stimmt einfach nicht. Wir haben damals in unserem Stadtteil Silberhöhe von Halle durch unsere Genossen der Basisorganisation selbst die Wahlplakate aufgehängt, rechtzeitig, als sie uns zur Verfügung durch unseren Stadtvorstand bereitstanden. Einige Zeit danach, als die Lage sich zuspitzte, ob vielleicht Stoiber Kanzler werden könnte, gab es kleine Aufkleber, zentral hergestellt und keine lokalen Exemplare mit der Aufschrift: Stoiber verhindern PDS, wählen, die ich selbst auf die bereits hängenden Plakate nachgeklebt habe, wie ich mich noch heute sehr genau erinnere.

Ob es woanders auch so war, weiß ich zwar nicht, aber die Losung galt nicht nur für uns hier in Halle, schließlich haben wir die Wahlkampfmaterialien nicht lokal selbstständig hergestellt.

Für gute Löhne und Tariftreue im Einzelhandel!

Fast drei Millionen Beschäftigte im Einzelhandel, mehrheitlich Frauen, stehen vor harten Tarifikämpfen. Die Arbeitgeber haben die Vergütungs- und Manteltarifverträge zu Ende April gekündigt. Sie blasen damit zu einem Generalangriff auf Löhne, Arbeits- und Urlaubszeiten. Ein Schwerpunkt der Kämpfe ist die Eingruppierung: Zwei Drittel der Beschäftigten fallen bisher in übersichtliche drei Gehaltsklassen. Jetzt sollen diese nach Tätigkeiten aufgefächert werden. Für die große Mehrheit der Beschäftigten werden sich die Löhne und Gehälter damit verschlechtern. Zuschläge für Nacht- und Mehrarbeit, Urlaubstage oder Weihnachts- und Urlaubsgeld können in Frage gestellt werden. Und die Arbeitgeber greifen den Flächentarif an.

Schon heute ist die Lage der Beschäftigten im Einzelhandel prekär. Befristete Beschäftigung, Teilzeitverträge und Niedriglöhne haben sich in den letzten Jahren rasant ausgebreitet, so dass viele von diesem Lohn allein nicht leben können. Der Einsatz von Werkvertragsfirmen verschärft den Druck auf die Beschäftigten und die Arbeitsverhältnisse. Nur noch vier von zehn werden nach einem Branchentarifvertrag bezahlt. 38 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel arbeiten

Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten im Einzelhandel 2004 bis 2011

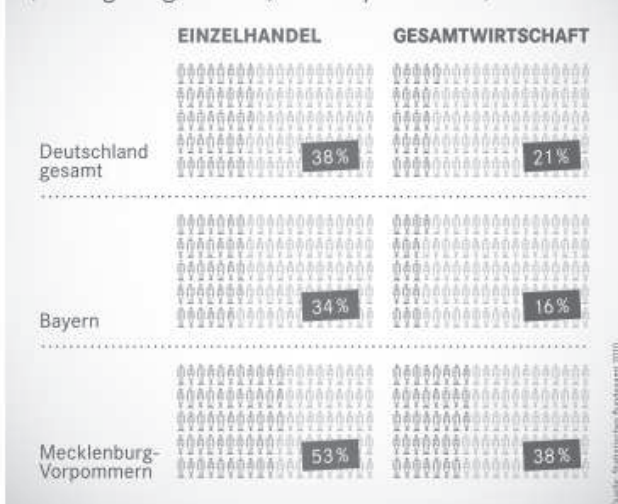


für Niedriglohn – der Anteil ist fast doppelt so hoch wie in der Gesamtwirtschaft (20,6 Prozent), über 150 000 müssen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ihren Lohn durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Die Forderung von Ver.di Baden-Württemberg nach einem Euro pro Stunde mehr zielt vor allem darauf, die niedrigen Einkommen anzuheben.

Viele Verlierer, wenige Gewinner: Seit Jahren werden in der Einzelhandelsbranche Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe erwirtschaftet. Die Eigentümer von C&A, ALDI, LIDL, OTTO oder Tchibo/BLUME2000 führen die Liste der reichsten Deutschen an. Allein die Familie Albrecht (ALDI) besitzt ein geschätztes Vermögen von 33 Milliarden Euro.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Beschäftigten im Einzelhandel und allen voran die Frauen harte und lange Auseinandersetzungen führen können. DIE LINKE ist dabei! Wir unterstützen sie in ihrem Kampf für bessere Löhne und Standards und den Erhalt der Tarifverträge. Am internationalen Frauentag und im Verlauf des Tarifikampfes wollen wir uns einmischen: vor Ort, solidarisch mit den Beschäftigten. Gegen Niedriglohn und Prekarisierung. Für Tariftreue und starke Gewerkschaften. Für ein gutes Leben für alle.

Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Prozent (Niedriglohngrenze 10,36 Euro pro Stunde)



Auf den Punkt gebracht.
8. März 2013

V.i.S.d.P. Matthias Höhn
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
Mehr Informationen unter: www.die-linke.de

DIE LINKE.

SPD-Wahlprogramm: Angekündigter Betrug

Statement des Bundesgeschäftsführers und Bundeswahlkampfleiters Matthias Höhn auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus

Guten Tag, ich würde gerne zu zwei Themen etwas sagen: zum einen zum Wahlprogrammwurf der SPD und zum anderen zum Thema Rente.

Im Wahlprogrammwurf der SPD klingt vieles gut, aber das war auch bei den vergangenen Wahlen nicht anders. Für die Bürgerinnen und Bürger zählt allerdings die Realität, nämlich die Ergebnisse von SPD-Regierungspolitik. Die lautete, kein Mindestlohn, keine Reichensteuer und stattdessen Hartz IV, Rente mit 67, Entfesselung der Spekulationen, Steuersenkungen für Gutverdiener und eine Mehrwertsteuererhöhung für die Massen.

Insofern wirkt das Wahlprogramm der Oppositionspartei SPD wie die Rückabwicklung der Regierungspolitik der SPD. Es ist im Übrigen auch das dritte Wahlprogramm der Sozialdemokraten, in dem sie den Mindestlohn verspricht. Papier ist geduldig, wird sich der eine oder andere Wahlstrategie bei der SPD denken. Die Realität, das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, sieht anders aus und offenbart, die SPD fährt beim Thema Mindestlohn wie bei vielen anderen Themen mit angezogener Handbremse. Dieses Wahlprogramm ist nicht viel mehr als das Drehbuch für einen simulierten Lagerwahlkampf. Wir sind vor allem gespannt, was von der rosaroten Prosa in einer großen Koalition mit der CDU übrig bleiben wird. Meine Prognose lautet wenig und von manchem sogar das Gegenteil.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch ein Wort zur Agenda 2010 verlieren, deren Verkündung durch Gerhard Schröder in dieser Woche zehn Jahre her ist: Wir vernehmen ja nun, dass nicht nur die Wirtschaft die Agenda 2010 feiert, sondern auch die SPD selbst. Sogar die Forderung nach einer Agenda 2020 ist im Gespräch. Die Agenda 2010 hat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und nicht zuletzt die Erwerbslosen ärmer gemacht und die soziale Spaltung vertieft. Die deutsche Wirtschaft steht gut da, weil seit Jahr und Tag an der Gerechtigkeit gespart wird. Es gibt heute nicht mehr Arbeit, sondern nur mehr schlechtbezahlte Jobs. Wenn Leute wie Schröder und Steinbrück eine Agenda 2020 fordern, dann läuft es wahrscheinlich vielen

kalt den Rücken runter. Alle schönen Programme nützen nichts, wenn man den Betrug schon vorher ankündigt. Wer Erinnerungslücken hat, muss nur einen Blick in die Krisenregion Europas werfen.

Was Angela Merkel den Menschen dort verordnet hat, ist nichts anderes als eine verschärfte Variante der deutschen Agenda-Politik. Deutschland und Europa brauchen allerdings nicht weniger, sondern mehr sozialen Ausgleich. Wir, DIE LINKE, wollen eine Agenda Sozial. Ich will dazu drei Stichworte nennen: Mindestlohn, Mindestrente und Mindestsicherung. Das ist das Basisprogramm. Damit werden wir in den Wahlkampf ziehen.

Lassen Sie mich als zweites etwas zum Thema Rente sagen: Wir haben heute eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Kenntnis genommen, die teilweise geeignet ist, eine überfällige Debatte in den Wahlkampf zu tragen, nämlich die nach der Finanzierung des Rentensystems.

Die Studie ist insofern auch eine Bestätigung für eine der Kernforderungen der LINKEN. Die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einen Beitrag leisten. Also im Prinzip heißt das, alle zahlen ein, alle sind versichert, und alle haben Aussicht auf eine Rente, die ihnen ein würdiges Auskommen im Alter sichert. Wir sind guter Hoffnung, dass diese Frage nun auch im bevorstehenden Wahlkampf eine Rolle spielen wird. Es gibt zumindest in dieser Reformfrage eine weitgehende Schnittmenge zwischen den jetzigen Oppositionsparteien. Vielleicht ist so eine Debatte auch geeignet, die Perspektive auf konkrete Reformprojekte in diesem Sinne zu eröffnen.

Neben allen Fragen zur Zukunft des Rentensystems sollten die drängenden aktuellen Punkte nicht vergessen werden. Die Rentnerinnen und Rentner haben seit der Jahrtausendwende ein Fünftel ihrer Kaufkraft eingebüßt. Eine vergleichbare Lebensleistung bringt im Osten immer noch rund 11 Prozent weniger als im Westen. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die auf Grundsicherung angewiesen sind, steigt von Jahr zu Jahr. Deshalb haben für uns rentenpolitische Forderungen weite Priorität: die Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 53 Prozent, Einführung einer solidarischen gesetzlichen Mindestrente und eine Ostrentenangleichung bis spätestens 2017.